

NATO in die Tat umgesetzt würde, „Europa mehr ein Objekt der Zerstörung als der Verteidigung wäre“ (S. 17).

Aus allen diesen Gründen erwarten die Herausgeber der SIPRI-Publikation von den drei westlichen Kernwaffen-Mächten analoge Erklärungen, wie sie die UdSSR und die VR China bereits abgegeben haben.²⁰ Bei der Untersuchung der Frage, welche Maßnahmen logischerweise auf eine Erklärung der USA zur Nicht-Erstanwendung folgen müßten bzw. in Verbindung damit stehen sollten (S. 11 ff.), schlagen sie vor:

- die Schaffung eines 100 km breiten Korridors zu beiden Seiten der Trennlinie in Europa, der frei von allen nuklearen und offensiven konventionellen Waffen ist,
- den Rückzug von nuklearen Gefechtsfeldwaffen aus einem bestimmten Gebiet beiderseits dieser Grenze sowie
- ein gegenseitig akzeptiertes Gleichgewicht von konventionellen Waffen auf immer niedrigerem Niveau.²¹

Die Politik der Nicht-Erstanwendung — ihre Befürworter und ihre Gegner

In der SIPRI-Publikation wenden sich vier prominente USA-Wissenschaftler und Politiker — McG. Bundy, G. F. Kennan, R. S. McNamara und G. Smith — gegen eine Politik des Ersteinsatzes von Kernwaffen durch die NATO. Sie legen dar, daß ein Element aller bisherigen USA-Doktrinen in der Bekräftigung des Willens der USA bestand, als erste Kernwaffen einzusetzen, und daß für den Ernstfall bereits Pläne ausgearbeitet wurden (S. 30).

Die vier Autoren hatten bisher Schlüsselstellungen innerhalb der USA-Administration inne. Bundy war u. a. Sicherheitsberater des Präsidenten von 1961 bis 1966, McNamara war Verteidigungsminister von 1961 bis 1968, Smith war Leiter der USA-Delegation für die Verhandlungen über strategische Rüstungsbegrenzungen (SALT II) von 1969 bis 1972, und Kennan ist als Diplomat bekannt. Sie gehören ohne Zweifel zu den intimen Kennern dieser Materie. Es hat daher in der internationalen Auseinandersetzung um die Verhinderung des Ausbruchs eines Kernwaffenkrieges besonderes Gewicht, wenn diese Persönlichkeiten sich eindeutig für eine Überprüfung der amerikanischen Politik des Ersteinsatzes aussprechen. Sie betrachten es als absolut zeitgemäß und dringend, ein sorgfältiges Studium von Wegen und Mitteln in Richtung auf eine neue Politik und Doktrin des NATO-Bündnisses zu beginnen, die darin bestehen sollte, „Kernwaffen nur anzuwenden im Falle ihres Ersteinsatzes durch einen Aggressor“ (S. 30).

Bei der Begründung der Notwendigkeit einer Überprüfung der NATO-Doktrin und bei der Analyse der Möglichkeiten, Erfordernisse, Schwierigkeiten und Vorteile einer solchen Politik gehen die vier amerikanischen Repräsentanten von der Unmöglichkeit der Begrenzbarkeit eines mit Kernwaffen geführten Konflikts und vom Fehlen jeglicher Garantien für eine begrenzte Eskalation aus. Sie verweisen in dem Zusammenhang darauf, daß es bisher niemand gelungen sei, ein überzeugendes Argument hervorzubringen, mit dem der Einsatz von Kernwaffen, selbst auf der kleinsten Stufe, als begrenzt nachgewiesen werden könne. Jeglicher Einsatz von Kernwaffen in Europa birgt ihrer Meinung nach das Risiko eines allgemeinen Kernwaffenkrieges in sich, der den Untergang aller bedeuten und in dem es keinen Sieger geben würde.

Die vier Autoren weisen außerdem darauf hin, daß das Ziel verschiedener USA-Administrationen darin bestanden hätte, mit neuen Kernwaffen-Doktrinen und -Stationierungen die Abschreckung zu verstärken; das Ergebnis sei jedoch insgesamt eine ständige Zunahme der Besorgnis über den Ausbruch eines Kernwaffenkrieges gewesen, auch unter den Amerikanern (S. 32).²² Eine klare und eindeutige Position zum Nicht-Ersteinsatz von Kernwaffen wird daher für erforderlich gehalten. Sie hätte insbesondere Bedeutung für die USA selbst und ihre Verbündeten. Dadurch könne auch das Risiko eines mit konventionellen Waffen geführten Krieges in Europa verringert werden (S. 38), was zweifellos dazu beitragen würde, die Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion zu verbessern (S. 39). Schließlich heben die vier Autoren hervor, daß „eine Position und Politik des Nicht-Ersteinsatzes helfen würde, den Weg für eine ernsthafte Reduzierung der nuklearen Rüstungen auf beiden Seiten zu bahnen“ (S. 40).

In der SIPRI-Publikation kommen aber auch Politiker und Wissenschaftler zu Wort, die an der NATO-Doktrin der Erst-

anwendung von Kernwaffen festhalten (K. Kaiser, G. Leber, A. Mertes und F.-J. Schulze). Sie gehen im wesentlichen von der angeblichen Begrenzbarkeit eines Einsatzes nuklearer Waffen aus (S. 46) und sind der Auffassung, daß eine Nicht-Erstanwendungsstrategie die Gefahr eines konventionellen Krieges in Europa erhöhen würde (S. 49). Auf Grund des nach ihrer Meinung kriegsvorbereitenden Effekts nuklearer Waffen (Abschreckung) betrachten sie den Verzicht auf den Ersteinsatz als im Widerspruch zu den Sicherheitsinteressen Europas und des gesamten atlantischen Bündnisses stehend (S. 53).

Alle diese Rechtfertigungsversuche sind nicht neu, und gerade ihre genaue Kenntnis veranlaßt nicht nur die zitierten vier US-amerikanischen Politiker zur prinzipiellen Ablehnung dieser Position. Gegen die Politik der Erstanwendung von Kernwaffen gibt es heute eine breite Front juristischer und politischer Argumente.

Die Überlegungen der vier US-amerikanischen Wissenschaftler für eine Politik des Nicht-Ersteinsatzes von Kernwaffen, wie sie heute von weiten Kreisen der Weltöffentlichkeit gefordert wird, erfahren in Diskussionspapieren von neun prominenten Autoren aus verschiedenen Staaten und Institutionen Unterstützung. So gehen H. Afheldt (Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften, BRD), L. Freedmann (Universität London) und M. A. Milshtein (Akademie der Wissenschaften der UdSSR) von der Unmöglichkeit der Begrenzbarkeit eines nuklearen Konflikts aus. Insbesondere arbeiten sie heraus, daß eine Erstanwendungsstrategie zu immer neuen Runden des Wettrüstens führt und sich damit das Risiko eines Krieges erhöht (S. 59, 65). Eine Verpflichtung aller kernwaffenbesitzenden Mächte zur Nicht-Erstanwendung hingegen wäre ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege zur endgültigen Eliminierung der Kernwaffen (so u. a. Friedensnobelpreisträger A. G. Robles, Vertreter Mexikos auf der Abrüstungskonferenz in Genf, S. 101, 104). Eine Politik in diese Richtung würde die internationalen Spannungen mindern und ein günstiges Klima für Abrüstungsverhandlungen schaffen (so C. Mensun, ehem. Direktor des Instituts für Internationale Strategische Studien, VR China). Würde sich die NATO zu einer Nicht-Erstanwendungsstrategie durchringen, so könnte weiteres Wettrüsten vermieden und das Risiko eines Krieges vermindert werden (so H. Afheldt, S. 65).

Schließlich hebt P. C. Warnke (früherer Direktor der USA-Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde und US-Chefunterhändler für Verhandlungen über strategische Rüstungsbegrenzungen 1977/78) hervor, daß Rüstungskontrolle auf der Grundlage der gleichen Sicherheit unvereinbar ist mit einer nuklearen Kriegführungsstrategie (S. 126).

Diese hier nur in komprimierter Form wiedergegebenen Argumentationen führender Wissenschaftler und Politiker westlicher Staaten zeigen, daß die Politik und Strategie der Nicht-Erstanwendung von Kernwaffen von eminenter Bedeutung für die Verringerung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges und für die vollständige Beseitigung dieser gefährlichen Massenvernichtungswaffen ist. Gleichzeitig trägt diese Politik dazu bei, ein Klima des Vertrauens zwischen den Staaten aufzubauen, die internationale Situation zu entspannen und günstige Voraussetzungen für weitere Abrüstungsverhandlungen schaffen.

Im Bericht an den XXVII. Parteitag der KPdSU wies M. Gorbatschow mit aller Deutlichkeit darauf hin, „daß die Aufgabe immer akuter wird, die Kernwaffen zu ächten, sie und die anderen Massenvernichtungsmittel völlig zu beseitigen und die internationalen Beziehungen gesünder zu machen“.²⁰ In diesem Zusammenhang ist die SIPRI-Publikation zur Frage der Nicht-Erstanwendung von Kernwaffen ein wertvoller Beitrag für die Auseinandersetzung mit den menschenheitsbedrohenden Erstschlag-Konzeptionen und -Strategien der NATO.

20 So werden u. a. in der Resolution der UN-Vollversammlung 38/183 B (Nichtanwendung von Kernwaffen und Verhütung eines Kernwaffenkrieges) vom 20. Dezember 1983 (UNO-Bilanz 1983/84, S. 68) die Erklärungen der UdSSR und der VR China zum Nicht-Ersteinsatz von Kernwaffen als „eine bedeutende Möglichkeit zur Verringerung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges“ gewertet, und alle kernwaffenbesitzenden Staaten werden aufgerufen, gleiche Erklärungen abzugeben. Die Resolution wurde mit 110 Stimmen bei 19 Gegenstimmen und 15 Stimmenthaltungen angenommen.

21 Vgl. dazu auch die Vorschläge der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in der Erklärung vom 23. Oktober 1985, a. a. O.

22 Vgl. auch: World Armaments and Disarmament, SIPRI-Yearbook 1984, London/Philadelphia 1984, S. 16 ff.

23 Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag der KPdSU, Berlin 1986, S. 5.